

schers Seite überhäuft. Im folgenden nur einige wenige Beispiele (Siehe auch die ausführliche Übersicht über die Rede von Deng Xiaoping im offiziellen Wortlaut.).

Der Beijinger Parteichef Li Ximing und der Beijinger Bürgermeister Chen Xitong erklärten am 13. Juni vor VBA-Vertretern, daß die "heldenhafte Chinesische Volksbefreiungsarmee... die Partei und das Volk gerettet... und das sozialistische System geschützt hat. Dieses historische Verdienst der Chinesischen Volksbefreiungsarmee wird für immer in die Annalen der chinesischen Geschichte eingehen." (RMRB, 14.6.89)

Ministerpräsident Li Peng, einer der Hauptverantwortlichen für die Ausrufung des Ausnahmezustands und den Einsatz der Truppen, erklärte auf einer Konferenz von Partei- und Regierungsführern am 13. Juni u.a.: "Bei der Niederschlagung dieses Putsches haben sich unsere Streitkräfte große Verdienste erworben. Sie haben sich als würdige Armee aus den Söhnen des Volkes und als standhafte Beschützer von Partei und Sozialismus erwiesen. Wir müssen ihnen gegenüber unsere Hochachtung ausdrücken, und wir müssen gegenüber den Offizieren und Soldaten, die bei der Niederschlagung des konterrevolutionären Putsches den ruhmreichen Heldentod fanden, in schweigender Ehrerbietung verweilen." (RMRB, 14.6.89)

Bei einem Empfang für die Mutter des von Demonstranten gelynchten Soldaten Cui Guozheng erklärte der Beijinger Parteichef Li Ximing, daß man bereits einige der Mörder (xiangshou) von Cui Guozheng gefangen habe. Man suche jedoch noch nach weiteren Tätern, "um Rache (baochou) zu nehmen für die Märtyrer der Befreiungsarmee". (RMRB, 16.6.89)

Am 18. Juni traf Staatspräsident Yang Shangkun, der zusammen mit Deng Xiaoping und Li Peng der Hauptverantwortliche für das Blutbad auf dem Tiananmen gewesen zu sein scheint, mit Familienangehörigen von drei Soldaten zusammen, die am 4. Juni von aufgebrachten Demonstranten gelyncht worden waren. Dabei erklärte Yang, daß die Soldaten nur deshalb ums Leben gekommen seien, weil sie Angst gehabt hätten, durch Einsatz der Waffe die einfachen Bürger der Stadt und jugendliche Studenten zu verletzen: "Sie haben sich geopfert, weil sie

sich strikt an den Grundsatz der Liebe für das Volk gehalten haben. Sie haben sich sehr heldenhaft geopfert, und das beweist, daß sie Soldaten der Söhne des Volkes sind." (RMRB, 19.6.89) Yang gab damit eine völlig andere Darstellung der Ursache des Todes der Soldaten als westliche Auslandskorrespondenten in Beijing, die in Berufung auf Augenzeugen von mehreren Fällen berichtet hatten, bei denen die Soldaten zuerst unbewaffnete Menschen erschossen haben sollen und erst danach von aufgebrachten Demonstranten gelyncht wurden. -sch-

*(9)

NVK-Abgeordnete ermordet

Die NVK-Abgeordnete Feng Yimiao wurde am Morgen des 15. Juni in der Stadt Yong'an in der Provinz Fujian ermordet. Über die Motive des Mordes gab das ZK-Organ *Volkszeitung* keine Auskunft, betonte jedoch, daß sich Frau Feng in der Frage der Niederschlagung des "konterrevolutionären Putsches" voll auf die Seite der Parteizentrale gestellt und ihre Untergebenen zum Studium der Rede Deng Xiaopings und der Weisungen der Parteizentrale angewiesen hatte. (RMRB, 25.6.89) -sch-

*(10)

Li Peng kritisiert bisherige Führung über den Mediensektor

Ministerpräsident Li Peng erklärte in einer Rede am 13. Juni 1989 vor Partei- und Regierungsführern in Zhongnanhai, daß "eine kleine Anzahl von Genossen in der Parteizentrale" vom Standpunkt der Kommunistischen Partei abgewichen seien und Fehler gemacht hätten bei der Führung der Massenmedien. Dies habe dazu geführt, daß einige Einheiten im Medienbereich die öffentliche Meinung während der Unterdrückung des "Aufruhrs" (dongluan) und des "Putsches" (baoluan) falsch angeleitet hätten. Li Peng: "Dies ist das Ergebnis der ungehemmten Verbreitung bürgerlich-liberalen Gedankenguts über einen langen Zeitraum hinweg." Li Peng forderte den Medienbereich auf, sich "schnellstens auf die Seite der Partei und des Volkes zu stellen", den Kurs der Zentrale zu propagieren und "die Verbrechen der konterrevolutionären Unruhestifter weiter aufzudecken". (RMRB, 14.6.89) -sch-

*(11)

Wang Zhen fordert VBA-Beiträge zu Reform und Aufbau

Ministerpräsident Li Peng und der stellvertretende Staatspräsident Wang Zhen (81) besuchten am Morgen des 8. Juni 1989 Offiziere und Soldaten einer Truppeneinheit, die für die Durchsetzung des Ausnahmezustands in Beijing eingesetzt wurde. In einer Ansprache lobte Wang die Truppen dafür, daß sie sich "in würdiger Weise als treue Beschützer der Volksmassen und als fester Pfeiler der demokratischen Diktatur des Volkes erwiesen haben". Wang Zhen, der einer der führenden Vertreter der orthodoxen Marxisten-Leninisten ist, forderte die Truppen auf, weiterhin hart gegen "die kleine Handvoll von konterrevolutionären Unruhestiftern" vorzugehen, das Leben und den Besitz der breiten Volksmassen mit aller Kraft zu schützen (sic!) und neue Beiträge zu leisten zur Verteidigung der vier grundlegenden Prinzipien und zur Förderung von "Reform und Aufbau". Bemerkenswert ist vor allem, daß Wang Zhen in dieser Rede nicht die von Deng Xiaoping geprägte Formel "Reform und Öffnung" (gaige kaifang) verwandte, sondern das Begriffspaar "Reform und Aufbau" (gaige he jianshe). (RMRB, 9.6.89) -sch-

Kultur

*(12)

Fang Lizhi der Anstiftung der Studentenproteste beschuldigt

Die am 6. Juni 1989 durch den Sender "Voice of America" und einen Sprecher des Weißen Hauses bekanntgewordene Nachricht, daß der prominente Dissident Fang Lizhi am Vortag zusammen mit seiner Frau Li Shuxian in die Obhut der amerikanischen Botschaft in Beijing gelangt war, löste auf seiten der chinesischen Regierung heftige Reaktionen aus. Offiziell wurde die Nachricht erst am 8. Juni in der *Volkszeitung* in einer kurzen Notiz veröffentlicht. Darin wird Fang vorgeworfen, er habe in den letzten Jahren über amerikanische und andere ausländische Journalisten das sozialistische System angegriffen und Partei und Regierung verunglimpft. Zugleich wird den USA Einmischung in die inneren Angele-

genheiten Chinas vorgeworfen. Am selben Tag legte das chinesische Außenministerium offiziell Protest bei der amerikanischen Botschaft gegen die Aufnahme des Ehepaares ein. Diese widerspreche dem Völkerrecht ebenso wie den chinesischen Gesetzen. Fang Lizhi und Li Shuxian hätten das sozialistische System sowie die Führungsrolle der chinesischen Regierung und der Kommunistischen Partei Chinas bekämpft; das Verhalten der amerikanischen Botschaft bedeute eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas (RMRB, 9.6.89).

Nachdem die Beijinger Sicherheitsbehörden am 11. Juni Haftbefehl gegen Fang und Li erlassen hatten (RMRB, 12.6.89), erließ das Ministerium für öffentliche Sicherheit am 12. Juni ein Zirkular an alle Sicherheitsbehörden und die Sicherheitsbüros aller Eisenbahn-, Verkehrs- und Luftfahrtbehörden auf Provinzebene mit dem Haftbefehl und dem Steckbrief der beiden Beschuldigten, die durchweg als Verbrecher bezeichnet werden. Die offizielle Anschuldigung lautet "konterrevolutionäre Propaganda und Anstiftung zur Konterrevolution". Die Behörde für öffentliche Sicherheit der Stadt Beijing, so heißt es in dem Zirkular habe die städtische Volksanwaltschaft aufgefordert, Haftbefehl gegen Fang und Li zu erlassen, der daraufhin erfolgt sei. Die Sicherheitsorgane aller Provinzen und Eisenbahn-, Luftfahrt- und Verkehrsbehörden sowie alle Kontrollpunkte in Häfen werden aufgerufen, das Ehepaar am Verlassen des Landes zu hindern und sofort zu verhaften.

Es folgen die Steckbriefe der beiden. Zu Fang Lizhi heißt es u.a., er sei Jahrgang 1936 und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Observatorium der Akademie der Wissenschaften in Beijing. (Diese Stellung hatte Fang erhalten, nachdem er bei den Studentenunruhen 1986/87 seines Postens als Vize-Rektor der Universität für Wissenschaft und Technik in Hefei enthoben worden war; vgl. C.a. 1987/1, Ü 14.) Zu Li Shuxian wird u.a. erwähnt, daß sie Jahrgang 1935 und außerordentliche Professorin am Seminar für Physik der Beijing-Universität sei. Ein Hinweis darauf, daß sie zugleich Abgeordnete im Volkskongreß des Beijinger Bezirks Haidian ist, findet sich nur indirekt in dem Zirkular, wenn es heißt, das Ständige Komitee des Volkskongresses des Bezirks Haidian habe der Verhaftung Li Shuxians ebenfalls zugestimmt. (RMRB, 13.6.89; Übers. SWB, 14.6.89)

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Steckbriefe setzte in den Medien eine Kampagne gegen Fang Lizhi und Li Shuxian ein. Die Zeitungen brachten in den folgenden Tagen Kommentare und Berichte und veröffentlichten Briefe von Studenten und anderen Intellektuellen, in denen die angeblichen Verbrechen der beiden dargelegt und kritisiert werden. In einem Kommentar der *Volkszeitung* wird Fang bezichtigt, die KPCh, den Sozialismus und das Vaterland beschimpft zu haben; je mehr er geschimpft habe, desto mehr sei er von antikommunistischen und antichinesischen Kräften im Ausland unterstützt worden. Unter dem Vorwand, daß er sich um sein Land und sein Volk Sorgen mache, habe er auf allen möglichen Foren und Diskussionsveranstaltungen über Menschenrechte, Demokratie und Freiheit gesprochen, und einige naive junge Studenten, die von den Ideen des bürgerlichen Liberalismus beeinflusst seien, hätten ihm geglaubt und seien nicht in der Lage gewesen, die Wahrheit zu sehen. Fangs Patriotismus und Vorstellung von Demokratie werden in dem Kommentar als Farce hingestellt. So wird Fang beschuldigt, Ausländern geraten zu haben, ihr Kapital aus China abzuziehen, um die chinesische Regierung unter Druck zu setzen. Jetzt habe er sich heimlich in die amerikanische Botschaft geflüchtet und sei ein Bettler, der von den Brotkrumen der Ausländer lebe. Fangs politisches Programm wird anhand einiger Zitate belegt ("Der Marxismus-Leninismus ist schon gestorben." "Wir müssen die vier grundlegenden Prinzipien abtun." "Der Ausweg für Festlandchina liegt im Kapitalismus."), die deutlich machen sollen, daß Fang gegen die vier Prinzipien verstoßen habe und der geistige Vater der Unruhen sei. Er und seine Frau, so heißt es weiter, hätten die Studenten zum Hungerstreik angestiftet, und seine Frau sei mehrmals auf dem Tiananmen-Platz erschienen, um mit den Führern des Autonomen Studentenverbandes zu sprechen. (RMRB, 13.6.89; Übers. SWB, 14.6.89)

In einem anonymen Brief eines Wissenschaftlers mittleren Alters wird Fang der Vorwurf gemacht, er sei einer der Hauptanführer der "konterrevolutionären Unruhen" gewesen, die den Umsturz zum Ziel gehabt hätten. Er habe die Studenten zum Hungerstreik animiert, selbst sei er aber nicht in Hungerstreik getreten. Und als es zum Blutvergießen kam, habe er sich aus dem Staub gemacht und sei in die

ausländische Botschaft geflohen. Er sei ein Verräter, der keinen Mut bewiesen habe. (RMRB, 13.6.89)

In einem ebenfalls anonymen Brief eines Studenten der Beijing-Universität an die *Beijinger Tageszeitung*, den alle Beijinger Zeitungen am 17.6.89 veröffentlichten (vgl. RMRB, 17.6.89; XNA, 18.6.89), wird über die Kontakte berichtet, die der Studentenfürer Wang Dan angeblich mit Li Shuxian gehabt habe. Wang Dan, einer der Organisatoren des Sitzstreiks der Studenten ab dem 18. April vor der Großen Halle des Volkes, habe seine Instruktionen von Li Shuxian erhalten. Sie habe vor allem zwei Instruktionen erteilt: 1. durchzuhalten und 2. führende Mitglieder des Nationalen Volkskongresses dazu zu bringen, eine Petition mit den Zielen der Studenten anzunehmen. Am 26. April, als alle Studenten über den Leitartikel in der *Volkszeitung* schockiert gewesen seien, sei Wang Dan von einem Treffen mit Li Shuxian zurückgekommen und habe dazu aufgerufen, die Strategie des Kampfes dahingehend zu ändern, die Massen des Volkes zum Kampf zu mobilisieren. Den Hungerstreik habe Wang Dan auch nicht eingehalten, und am 3. Juni sei er vom Tiananmen-Platz geflohen, bevor die Truppen eintrafen.

Am 17. Juni wußte die *Volkszeitung* über eine Versammlung führender Wissenschaftler des Chinesischen Verbandes der Wissenschaftler und Techniker zu berichten, auf der das Verhalten Fang Lizhis und seiner Frau kritisiert und die gleichen Vorwürfe erhoben wurden wie in den erwähnten Artikeln und Briefen. Derartige Kritikversammlungen werden derzeit mit Sicherheit an Hochschulen, Forschungsinstituten und ähnlichen Institutionen durchgeführt. Methoden und Vokabular der Kritik an Fang Lizhi und Li Shuxian erinnern stark an die kulturellen Praktiken. -st-

* (13)

Ordnungsaufruf der Erziehungskommission und Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs

Am 8. Juni 1989 erließ die Staatliche Erziehungskommission einen Aufruf an alle Erziehungsbehörden auf Provinzebene, Hochschulämter und der Zentrale unterstehende Hochschuleinrichtungen, die Ordnung an den Universitäten und Hochschulen wiederherzustellen und den Lehrbetrieb wie-

deraufzunehmen. Lehrer, Studenten und sonstiges Hochschulpersonal hätten sich an die Gesetze und Vorschriften zu halten, auf die Qualität des Unterrichts zu achten und den Studenten zu helfen, den Unterrichtsausfall nachzuholen. Die Hochschulaufnahmeprüfungen ebenso wie die Arbeitsplatzzuweisung der Absolventen seien wie geplant durchzuführen. Gegenüber Studenten, die den erforderlichen Standard nicht erreichen, übernehme der Staat allerdings nicht die Verantwortung, ihnen einen Arbeitsplatz zuzuweisen.

Des weiteren wird in dem Aufruf gefordert, keine Nachsicht mit solchen Studenten zu üben, die weiterhin Aufwiegelung betreiben und die Wiederherstellung der Ordnung an den Hochschulen verhindern; deren Namen sollen mitgeteilt werden, und wenn sie sich durch erzieherische Maßnahmen nicht bessern, sollen sie entsprechend den Gesetzen und den disziplinarischen Anordnungen der Schulen bestraft werden. (RMRB, GMRB, 9.6.89)

Wie von offizieller Seite, nämlich von einem Sprecher der Staatlichen Erziehungskommission, Anfang Juni verlautete, sollen die meisten Studenten der über 1.000 Universitäten und Hochschulen Chinas aus Solidarität mit den Demonstranten in Beijing den Unterricht seit Mitte April boykottiert haben (XNA, 3.6.89). Allein die Zahl der streikenden Beijinger Studenten wurde auf 160.000 geschätzt; zusätzlich sollen nach unvollständigen Angaben des Beijinger Bahnhofs ab Anfang Mai über 300.000 Studenten aus anderen Provinzen in die Hauptstadt geströmt sein (ebd.), so daß diesen Angaben zufolge die Zahl der streikenden und demonstrierenden Studenten in Beijing Ende Mai fast eine halbe Million betrug. Wieviele der 2 Millionen Hochschulstudenten Chinas sich in anderen Städten an den Streiks beteiligten, läßt sich derzeit nicht beurteilen. Die offiziellen chinesischen Angaben sind widersprüchlich. Gegen Ende Juni hieß es von seiten der Staatlichen Erziehungskommission, daß an den Universitäten der Küstenprovinzen sowie der weit im Landesinnern liegenden Provinzen und autonomen Gebiete, wie z.B. Fujian, Qinghai, Ningxia, Innere Mongolei und Tibet, die Vorlesungen niemals unterbrochen gewesen seien (XNA, 24.6.89). Möglicherweise besteht seit der gewaltsamen Unterdrückung der Demonstrationen offiziellerseits die Tendenz, das volle Ausmaß des Protestes herunterzuspielen.

Die meisten Universitäten und Hochschulen folgten dem Aufruf der Erziehungskommission und nahmen den Vorlesungsbetrieb ab Mitte Juni wieder auf. In den Provinzen scheint die Normalisierung des Universitätsbetriebes relativ problemlos erfolgt zu sein, während bei einem großen Teil der Universitäten und Hochschulen in Beijing und zu einem geringeren Teil in Shanghai noch kein Unterricht stattfand. So sollen in Shanghai bis zum 15. Juni nur 24 der 38 Universitäten und Hochschulen den Betrieb wiederaufgenommen haben (XNA, 16.6.89; RMRB, 16.6.89). In Beijing blieben vor allem die prestigereichsten Universitäten geschlossen, während die in der Hochschulhierarchie weiter unten angesiedelten Institutionen den Betrieb wieder aufnahmen. Einer Xinhua-Meldung vom 23. Juni nach hatte bis zu diesem Tag von den 28 der Stadtverwaltung Beijing unterstellten Universitäten und Hochschulen nur eine den Unterricht nicht wiederaufgenommen, von den 77 der Zentrale unterstellten Universitäten und Hochschulen hingegen waren es über 40. Allein von den 36 der Staatlichen Erziehungskommission unterstellten Universitäten und Hochschulen hatten nur acht den Vorlesungsbetrieb wiederaufgenommen (XNA, 24.6.89).

Für diejenigen Universitäten, an denen sich die Lage Mitte Juni noch nicht normalisiert hatte - darunter die Beijing-Universität und die Qinghua-Universität -, wurde die Regelung getroffen, die Studenten vorzeitig in die zweimonatigen Sommerferien ziehen und dafür die Vorlesungen bereits Mitte August statt am 1. September beginnen zu lassen (XNA, 18.6.89 u. 24.6.89). -st-

* (14)

Verstärkte ideologische Erziehung an den Hochschulen, Verbot "illegaler" Studentenorganisationen und Einrichtungen von Kontrollorganen

Nachdem sich die Lage an den Universitäten und Hochschulen ab Mitte Juni äußerlich zu normalisieren begann, wurden von offizieller Seite sogleich Richtlinien für eine stärkere Überwachung und strengere ideologische Erziehung der Studenten ausgegeben. Die offizielle Erklärung der Ursachen für den Studentenprotest lautet mangelnde ideologische Erziehung und Infiltrierung durch bürgerlich-liberales Gedankengut. Entsprechend dieser

Diagnose fällt die Antwort auf den Protest aus: vermehrte ideologische Erziehung, d.h. Erziehung in marxistischer Theorie, verstärkter Kampf gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen und für die Einhaltung der vier grundlegenden Prinzipien an den tertiären Bildungseinrichtungen. Auf zahllosen Versammlungen und Sitzungen an den Hochschulen wurde diese Richtung verkündet, so z.B. auf einer Sitzung mit Professoren an der Volksuniversität in Beijing (vgl. GMRB, 18.6.89) oder an der Akademie für Luftwaffenoffiziere (vgl. RMRB, 28.6.89). Auch auf einer von der Propagandaabteilung des ZK für hohe Kader aus dem Erziehungsbereich einberufenen Sitzung bekannten sich Professoren der namhaftesten Beijinger Universitäten zu diesen Zielen (RMRB, 28.6.89).

Um die Festigung der vier grundlegenden Prinzipien als Antwort auf den "konterrevolutionären Aufstand" geht es auch in einem Kommentar der *Guangming-Zeitung* vom 17.6.89. Der größte Fehler im Erziehungswesen in den letzten zehn Jahren, so heißt es dort, sei die Vernachlässigung der ideologischen Arbeit unter den Studenten, aber auch unter den Kadern und Parteimitgliedern gewesen. Zu lange habe man an den Schulen die Zügel schleifen lassen und nicht auf die Festigung der vier Prinzipien geachtet. Seinem Wesen nach sei dieser Aufstand Ausdruck des Gegensatzes zwischen bürgerlicher Liberalisierung und den vier grundlegenden Prinzipien.

Außer einer Zunahme des Unterrichts in marxistischer Theorie an den Hochschulen sollen die Studenten vor allem durch zwei Maßnahmen einer schärferen Kontrolle unterworfen werden. Als erstes wurden der Autonome Studentenverband und andere von der Regierung als illegal eingestufte Studentenorganisationen verboten. Stellvertretend für ähnliche Erlasse in anderen Städten mag hier eine Verfügung der Volksregierung der Stadt Jinan, Hauptstadt der Provinz Shandong, stehen, in der es heißt:

1. Der Autonome Studentenverband der Jinan-Hochschule und der Shandong-Universität einschließlich seines Vorbereitungskomitees sowie das Aktionskomitee der Studenten der Pädagogischen Hochschule Shandong sind "illegale Organisationen, die sich nicht ent-

sprechend dem Gesetz haben registrieren lassen und die allesamt ohne Ausnahme verboten werden.

2. Die Mitglieder der genannten Organisationen "sollen unverzüglich all ihre illegalen Aktivitäten einstellen, und ihre Führer und wichtigsten Elemente sollen sich bei den örtlichen Behörden für öffentliche Sicherheit innerhalb von 7 Tagen nach Erlass dieser Verfügung melden und ein Geständnis ablegen. Diejenigen, die es ablehnen, sich bei den Sicherheitsbehörden zu melden, werden entsprechend den Gesetzen hart bestraft." (Radio Jinan, 22.6.89, nach SWB, 28.6.89)

In einer entsprechenden Verfügung der Stadt Xianyang (Shaanxi) wird darüber hinaus denjenigen strenge Bestrafung angedroht, die Führer illegaler Studentenorganisationen decken oder ihnen Unterschlupf gewähren; außerdem wird die Bevölkerung aufgerufen, den Behörden die Namen der "verbrecherischen Elemente", die sich an den Unruhen oder anderen "illegalen Aktivitäten" beteiligt hätten, mitzuteilen (Radio Xian, 22.6.89, nach SWB, 28.6.89).

Die zweite Maßnahme zur Disziplinierung der Studenten betrifft die Einrichtung von Kontrollorganen der Partei, um die Führungsrolle der Partei im tertiären Bildungssektor zu stärken. So wird berichtet, daß das Parteikomitee der Provinz Guangdong beschlossen habe, ein Arbeitskomitee und eine Disziplin-Kontrollkommission speziell für die tertiären Bildungseinrichtungen zu gründen (Radio Canton, 26.6.89, nach SWB, 29.6.89). Die Gründung solcher Kontrollorgane der Partei, die sich speziell der Hochschulen annehmen sollen, dürfte nicht allein auf die Provinz Guangdong beschränkt sein.

Mit den genannten Maßnahmen soll jegliche politische Betätigung der Studenten, die nicht im Einklang mit der propagierten Parteipolitik steht, unterbunden werden. Ob die Studenten auf diese Weise allerdings zu ideologischer Linientreue zu bringen sind, ist sehr fraglich. Das Gegenteil wird der Fall sein: Der Unmut der Studenten wird zunehmen. -st-

***(15)
An der wissenschaftlich-technischen Kooperation mit dem Ausland soll sich nichts ändern**

Das Bestreben der chinesischen Regierung, nach der gewaltsamen Unterdrückung der Studentenproteste wieder zur Tagesordnung überzugehen, wird auch von der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik geteilt. So ließ die stellvertretende Ministerin dieser Kommission, Zhu Lilan, Mitte Juni 1989 wissen, daß sich an Chinas wissenschaftlich-technischer Kooperation mit dem Ausland und am Wissenschaftsaustausch nichts ändern werde. Sie hoffe, daß alle Staaten und Organisationen, die die wissenschaftliche Kooperation mit China fortzusetzen wünschten, weit vorausschauten und die in den letzten Jahren geschaffenen Kooperations- und Austauschbeziehungen beibehielten. Im Auftrag ihrer Kommission dankte sie allen ausländischen Experten, die in China geblieben sind, für ihre Kooperation und die "richtige" Beurteilung der Lage. Einige Länder hätten nach der Niederschlagung des "konterrevolutionären Aufstands" ihre Wissenschaftsbeziehungen mit China abgebrochen und ihre Wissenschaftler und Techniker zurückberufen. Dies sei jedoch nach Ansicht der Vizeministerin eine "vorübergehende Erscheinung". Internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit sei immer zum gegenseitigen Nutzen. China habe seit 1978 Wissenschaftsbeziehungen mit 108 Staaten und Regionen aufgebaut und werde auch weiterhin an der Reform- und Öffnungspolitik festhalten. Es werde die mit ausländischen Regierungen vereinbarten Pläne und Projekte der wissenschaftlichen Kooperation weiterführen, und auch die Sicherheit ausländischer Experten sei gewährleistet. (RMRB, 17.6.89; XNA, 18.6.89)

Ungeachtet der Versicherungen von chinesischer Seite haben viele Wissenschaftsorganisationen im Westen ihre Kooperations- und Austauschprogramme vorerst suspendiert. Vor allem die USA haben auf das gewaltsame Vorgehen gegen die Studenten mit dem vorläufigen Abbruch der offiziellen Wissenschaftskontakte reagiert. Zu nennen ist hier in erster Linie die Nationale Akademie der Wissenschaften, die alle Austauschprogramme mit China suspendiert hat. Auch private und halboffizielle Organisationen, wie z.B.

das National Committee on U.S.-China Relations oder das Committee on Scholarly Communication, haben ihre Beziehungen zu China bis auf weiteres unterbrochen. Die großen Stiftungen, z.B. die Ford Foundation und die Luce Foundation, die sich mit jährlichen Millionenbeträgen in China engagieren, wollen noch abwarten, wie sich die Lage entwickelt. Manche Stiftungen wollen ihren Verpflichtungen in China jedoch auch weiterhin nachkommen. So will z.B. das China Medical Board in New York, das seit 1928 medizinische Einrichtungen in China unterstützt, sein jährliches 3-Millionen-Dollar-Programm nicht abrupt kürzen, jedoch stärker auf die Zweckgebundenheit der Gelder achten. (AWSJ, 22.6.89)

In Westeuropa nehmen die meisten Wissenschaftsorganisationen, die Kontakte mit China unterhalten, eine abwartende Haltung ein. st-

***(16)
Volkszeitung mit reduziertem Umfang**

Vom 7.-24. Juni 1989 erschien die *Volkszeitung (Renmin Ribao)*, die partei- und regierungsamtliche größte Tageszeitung Chinas, nicht in ihrem gewohnten Umfang von acht Seiten, sondern nur mit vier Seiten. Als offizielle Begründung wurden Schwierigkeiten in der Papierversorgung angegeben (vgl. RMRB, 7.6.89). Dabei dürfte es sich jedoch um einen vorgeschobenen Grund handeln, der die internen Schwierigkeiten in der Redaktion verbergen soll. Tatsache ist nämlich, daß große Teile der Redaktion die Demokratiebewegung unterstützt haben und Journalisten der *Volkszeitung* sich sogar an den Demonstrationen beteiligten. Offensichtlich müssen diese Journalisten jetzt "umerzogen", d.h. auf die neue politische Linie eingeschworen werden, wenn sie nicht sogar schärfer bestraft werden. Wenn eine große Zahl von Journalisten derzeit mit Schreibverbot belegt ist, dürfte das erhebliche organisatorische Schwierigkeiten für die Redaktion der Zeitung schaffen. Abgesehen davon, dürften sich die meisten Journalisten - und nicht nur sie - gegenwärtig auch scheuen, eine eigene Meinung zu äußern. Die Frage der Kontrolle und die Entscheidung, welche Artikel erscheinen sollen oder können, werfen zwei-

fellos schwere Probleme auf, die nicht von einem auf den anderen Tag zu lösen sind. Wie es scheint, hat erst die 4. Plenartagung des XIII. ZK, die am 23./24. Juni stattfand, die allgemeine Unsicherheit beseitigt. Denn mit der Berichterstattung über dieses Ereignis am 25.6.1989 erschien die *Volkszeitung* wieder im gewohnten Umfang.

Die *Volkszeitung* war in den letzten Jahren dafür bekannt, daß sie den Reformkurs unterstützte und eine gewisse Meinungsvielfalt pflegte. Dies brachte ihr auch in der Vergangenheit schon Schwierigkeiten ein, z.B. im Jahre 1983, als der damalige Chefredakteur Wang Ruoshui im Rahmen der Bekämpfung der "geistigen Verschmutzung" seines Postens enthoben wurde (vgl. C.a. 1983/11, Ü 7). -st-

* (17) Krise der Geisteswissenschaften

Ungeachtet des kulturellen Aufschwungs, den China seit Ende der siebziger Jahre erlebt hat, befinden sich die Geisteswissenschaften nach Ansicht vieler Fachleute seit mehreren Jahren in einer schweren Krise. Zwar wurde die Forschung auf einigen geisteswissenschaftlichen Gebieten, z.B. in Geschichte oder Literaturwissenschaft, intensiviert und zu neuer Blüte gebracht, an den Universitäten und Hochschulen jedoch führen die Geisteswissenschaften ein Schattendasein und genießen bei den Studenten immer weniger Ansehen. So klagen insbesondere die Hochschullehrer über die desolate Lage in manchen Spezialfächern und über das mangelnde Interesse der Studenten. Nur wenige halten die Krise für eine vorübergehende, die meisten sehen sie als Folge tiefgreifender Ursachen, zu deren Überwindung es besonderer Anstrengungen bedarf.

Über die Gründe, die die Geisteswissenschaften in die Krise getrieben haben, und über mögliche Auswege aus der Krise führte kürzlich ein Reporter der *Volkszeitung* mit mehreren Universitätsprofessoren und anderen Wissenschaftlern ein Interview (vgl. RMRB, 3.6.89). Aus dem Interview geht hervor, daß es im wesentlichen zwei Gründe sind, die die Befragten für die Krise verantwortlich machen: das mangelnde Interesse der Studenten und die Realitäts- und Lebensferne der Geisteswissenschaften selbst.

Zum ersten Problemkomplex wird angeführt, daß die Studenten heutzutage durchweg studieren, um praktisch verwertbares Wissen zu erwerben. Am Chinesischen Seminar der Beijing-Universität beispielsweise habe die überwiegende Mehrzahl der Studenten kein Interesse an klassischen Dokumenten, der alten chinesischen Sprache und der alten chinesischen Literatur. Früher hätten die Studenten noch gern Gegenwartsliteratur gehört, heute hätten sie nicht einmal mehr dafür Interesse, sondern hielten all diese Fächer für unbrauchbar. So komme es, daß es immer schwerer würde, Studenten für geisteswissenschaftliche Fächer, insbesondere für Sinologie, Geschichte und Philosophie, zu rekrutieren. Im letzten Jahr z.B. seien an der Beijing-Universität nur vier Studenten aufgenommen worden, die als ersten Studienwunsch das Spezialfach Literatur angegeben hatten, und unter den zu prüfenden Studenten mit dem erforderlichen Zensurenschnitt habe sich nicht ein einziger Student für das Spezialfach klassische chinesische Dokumente zur Prüfung gemeldet.

Als Hauptgrund dafür, daß die Geisteswissenschaften bei den Studenten so unbeliebt sind, nennen die Professoren deren Realitäts- und Lebensferne. Damit ist der zweite Problemkomplex angesprochen. Erwähnt werden vor allem der Dogmatismus, der Lernstil und die alten Inhalte der Geisteswissenschaften; in vielen Wissenschaften herrschten noch die gleichen Bedingungen wie vor hundert Jahren; das alles passe nicht zur heutigen Wirklichkeit und müsse geändert werden. Eine weitere Ursache für die Realitätsferne wird darin gesehen, daß die Universitäten nicht darauf achteten, für die Gesellschaft nützliche Leute auszubilden, sondern daß sie danach strebten, Forschung zu betreiben. Ferner wird kritisiert, daß die Vermittlung grundlegender Kenntnisse zugunsten einer hochgradigen Spezialisierung vernachlässigt werde, kurzum, es würden Leute ausgebildet, für die in der Praxis kein Bedarf bestehe.

Um die Geisteswissenschaften näher an die Realität heranzuführen, schlagen die Professoren vor, Einrichtungen, in denen Spezialfächer mit wenig Praxisbezug gelehrt werden, wie z.B. Sanskrit, zu reduzieren. Solche Fächer sollten nicht abgeschafft, jedoch in wenigen Schwerpunkteinrichtungen konzentriert werden. Darüber hinaus definieren sie die Aufgaben der Geistes-

wissenschaften neu und fordern eine daran orientierte Ausbildung. Hauptaufgabe der Geisteswissenschaften soll ihrer Meinung nach sein, ein Intelligenzpotential für staatliche Entscheidungsprozesse und für die Umgestaltung der Gesellschaft bereitzustellen.

Entsprechend dieser Aufgabenstellung empfiehlt ein Interviewpartner die Ausbildung vier verschiedener Typen von Geisteswissenschaftlern:

- Typ 1: der schöpferische Typ, d.h. Leute, die Kultur schaffen (also z.B. an der Schaffung der "sozialistischen Zivilisation" mitwirken können);
- Typ 2: der reproduzierende Typ, d.h. Leute, die die vorhandene Kultur reproduzieren und verbreiten;
- Typ 3: der auf höchster Ebene in der Praxis verwendbare Typ, der Entscheidungshilfen für Staat und Gesellschaft leistet;
- Typ 4: der allgemein verwendbare Typ, der überall dort eingesetzt werden kann, wo geisteswissenschaftliche Kenntnisse in der Praxis gebraucht werden, z.B. als Sekretäre, Büroangestellte, Personal für öffentliche Belange.

Alle vier Typen würden in der Gesellschaft gebraucht. Typ 1 und 3 käme die größte Bedeutung zu. Hier habe der Staat darauf zu achten, daß eine qualitativ hochwertige Ausbildung erfolge. In quantitativer Hinsicht brauche man von Typ 4 die größte Zahl, von Typ 2 die geringste Zahl. In der Wirklichkeit sehe es jedoch so aus, daß Typ 2 in großen Mengen herangezogen würde, während die Ausbildung der drei anderen Typen zu schwach sei.

Es ist fraglich, ob die Vorschläge der Professoren ausreichen, die Geisteswissenschaften aus der Krise herauszuführen. Dies könnte der Fall sein, wenn man die wesentliche Ursache der Krise allein in der Realitätsferne der Geisteswissenschaften selbst und der Ausbildung sieht, wie es die Professoren tun. Das geringe Interesse der Studenten erklärt sich jedoch nicht allein aus der mangelnden Orientierung an der Praxis, sondern hat tiefere gesellschaftliche Ursachen. Als erstes müßte die Schulbildung genannt werden, deren Bildungsinhalte in den vergangenen drei Jahrzehnten starkem Wandel unterworfen waren. Die ständig mehr oder weniger propagierte Ausrichtung auf die Praxis hat nicht unbedingt zum Vorteil solcher Fächer wie Chinesisch,

Geschichte, Philosophie usw. gewirkt. Das Interesse der Studenten kann sich aber nur in dem Maße entwickeln, wie es in der Schule geweckt worden ist. Eine weitere Ursache liegt in dem, was sich mit dem Begriff "kultureller Nihilismus" umschreiben ließe, einem Stichwort, das in dem Interview fällt, auf das jedoch nicht näher eingegangen wird. Da die Kultur allgemein und im besonderen die Geisteswissenschaften permanenter Überprüfung nach politisch-ideologischen Kriterien ausgesetzt sind, ist die Gefahr einer Reduzierung des kulturellen Bestandes ständig gegeben, eine Gefahr, die durchaus nicht nur auf die Kulturrevolution beschränkt war. Im politischen Bewertungsprozeß erweisen sich die Geisteswissenschaften als besonders anfällig, und so ist es den Studenten nicht zu verdenken, daß sie sich scheuen, dieses unsichere Terrain zu betreten. Nicht zuletzt ist als eine wichtige Ursache für die Krise der allgemein herrschende Materialismus anzuführen, der das Geldverdienen zu einem Wert schlechthin erhebt und dazu geführt hat, daß selbst wissenschaftliche Institute hauptsächlich danach beurteilt werden, wieviel Gewinn sie machen. Daß in einer solchen Atmosphäre die Geisteswissenschaften bei den Studenten nicht zu den bevorzugten Fächern zählen, ist nicht verwunderlich. Eine verstärkte Ausrichtung der Geisteswissenschaften auf die Praxis allein kann diese nicht aus der Krise führen; erforderlich wäre auch eine Erhöhung der Gehälter in den geisteswissenschaftlichen Berufen, z.B. der Gehälter für Lehrer. -st-

Außenwirtschaft

*(18)

China-Messen verschoben oder abgesagt

Als Konsequenz der Massaker-Politik in China beschloß die Stadt Frankfurt, die für Anfang Juli 1989 in Frankfurt geplante 1.Europäische Chinawoche zu verschieben. Die fernöstliche Schau sollte aus einer China-Messe, einem Fachkongreß und einem Kulturprogramm bestehen. Bürgermeister Moog sagte, daß das Ziel der Veranstaltung, den wirtschaftlichen Austausch auf allen Ebenen zu fördern, zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr "gewährleistet"

sei. Zudem würde Frankfurt "anders als beabsichtigt" in den Blick der Weltöffentlichkeit geraten, da die China-Woche die erste größere Veranstaltung der Volksrepublik nach den Ereignissen in Beijing in der westlichen Welt gewesen wäre.

Der Ausstellungs- und Messeausschuß der deutschen Wirtschaft (Auma), Köln, teilte mit, daß die für den 7.-13.6.1989 in Beijing geplante "Medical China" nach Informationen der chinesischen Messeleitung "auf unbestimmte Zeit" verschoben worden sei. Später wurde mitgeteilt, daß die "Medical China" voraussichtlich im April 1990 stattfinden werde.

Verschoben worden seien auch die "Chinatex" in Shanghai (auf den 20.-25.Juli 1989), die "China Instrument" in Shanghai (auf den 6.-12.September 1989), die "China Build" in Beijing (auf den 18.-23.September 1989) sowie die "Automotive China" in Shanghai (auf den 24.-29.August 1989). (FAZ, 10.6.89 und 26.6.89; NfA, 6.6.89) -lou-

*(19)

China-Tourismus hart getroffen

Die Massaker-Politik in Beijing hat dazu geführt, daß zumindest fast alle deutschen Anbieter von China-Reisen vorerst ihre China-Reisen gestoppt haben. Die meisten Veranstalter boten ihren Kunden kostenlose Stornierungen von China-Reisen an. Als Ersatz wurden "Alternativen sonstwo auf der Welt" als Trostpflaster angeboten.

Für die Volksrepublik dürften die Stornierungen beträchtliche Folgen haben. Von der Regierung war der Fremdenverkehr als "Industrie der Zukunft" bezeichnet worden. 1988 waren 4,4 Millionen ausländische Touristen nach China gekommen; sie brachten über 2,2 Mrd.US\$ ein, das war eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von fast 20%.

Aus der Bundesrepublik waren 1988 ca. 70.000 Privat- und Geschäftsleute nach China gereist. 1986 waren nur 48.000 Deutsche, 1987 dann bereits 60.000 Deutsche nach China gereist.

Den Repräsentanten des chinesischen Fremdenverkehrsbüros in der Bundesrepublik war es bis Mitte Juni nicht gelungen, mit ihrer Behörde in Beijing Kontakt aufzunehmen. Die staatliche chinesische Reiseagentur Lu Xingshe

teilte dem Deutschen Reisebüro zunächst nur mit, daß Einzelreisende "zur Zeit nicht empfangen werden".

China-Reisen sind auf dem deutschen Markt eine Domäne kleinerer Veranstalter. Die wenigen großen Unternehmen, wie Deutsches Reisebüro, Neckermann oder Airtours International, bei denen China nur einen kleinen Teil des Angebots ausmacht, können einen eventuellen Zusammenbruch des China-Geschäfts leichter abfangen und die Kundschaft für andere Ziele in ihren Katalogen zu interessieren versuchen. Eine ganze Reihe von Spezialveranstaltern aber, die sich entweder ganz oder doch zum größten Teil mit China-Reisen befassen, muß sich mit einer schwierigeren Lage auseinandersetzen.

Die ersten Trübungen hatten die touristischen Beziehungen zur Volksrepublik allerdings schon vor dem Schock vom 4.Juni 1989 im Jahre 1988 bekommen, als extreme Trinkgeldforderungen, Ruppigkeit und Preiserhöhungen das strahlende Bild des China-Tourismus verdunkelten.

In Beijing hofft man, daß die Touristen möglichst bald und in Scharen zurückkommen. Die *China Daily* vom 14.Juni 1989 zeigte eine deutsche Reisegruppe, die es sich offenbar nicht hatte nehmen lassen wollen, unter den allerersten zu sein, die das Land nach dem Massaker wieder als normale Touristen bereisen. Sie wurde auf diese Weise zu Propagandazwecken ausgenutzt.

Mitte Juni 1989 teilte das Tourismusamt von Beijing mit, daß ca. 300 Touristengruppen - insgesamt 11.535 Menschen - abgesagt hätten. Im Mai 1989 seien die Deviseneinkommen aus dem Tourismus auf 18% des Ziels für diesen Monat gefallen. Auch die Taxifahrer hätten hohe Einkommensverluste hinnehmen müssen.

Der Mai ist normalerweise einer der Hauptmonate für die Tourismus-Industrie in Beijing. Die Hotelkapazität ist gewöhnlich über 90% ausgebucht. Die Unruhen hätten dazu geführt, daß die Auslastungsquote auf unter 30% gefallen sei. Ein Sprecher der Beijinger Tourismus-Organisation fügte hinzu, daß es eine lange Zeit dauern werde, bevor sich die Dinge im Tourismusbereich normalisiert hätten. (XNA, 14.6.89; FAZ, 11. und 14.6.89; FR, 6.6.89) -lou-